

KuBuS

08. Sep. 2021

EINGEGANGEN



## WERRA-MEISSNER-KREIS Der Kreisausschuss

Werra-Meißner-Kreis • Der Kreisausschuss • 37267 Eschwege

KuBuS planung  
Altenberger Str. 5  
35576 Wetzlar

**Ansprechpartner:**

Peter Brengel  
Fachbereich 7 Bauen, Umwelt und Gebäudemanagement  
Fachdienst 7 Fachbereichsleitung

**Kontaktdaten:**

Honer Str. 49, 37269 Eschwege-Oberhone, Zimmer: 236  
Tel.: 05651 302-4701 Fax: -4709 Mobil: 0171 2721785  
E-Mail: peter.brengel@werra-meissner-kreis.de

**Sprechzeiten:**

Mo. – Fr.: 09:30 – 12:00 Uhr  
Do.: 14:00 – 17:00 Uhr  
sowie nach telef. Vereinbarung

**Allgemeine Adresse:**

Schlossplatz 1, 37269 Eschwege  
Tel.: 05651 302-0 Fax: 1999  
E-Mail: wmk@werra-meissner-kreis.de  
Internet: www.werra-meissner-kreis.de

**Konto der Kreiskasse:**

Sparkasse Werra-Meißner  
IBAN: DE04 5225 0030 0000 0013 47

**Postadresse:**

37267 Eschwege



**Aktenzeichen:**

Eschwege, 26. August 2021

**Zweckverband interkommunale Zusammenarbeit Sontra-Herleshausen-Nentershausen  
Bauleitplanung der Gemeinde Herleshausen;  
Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB  
Schreiben vom 15. Juli 2021 (ht)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der o. a. Bauleitplanung nehmen wir wie folgt Stellung:

**1. Stab GA 1 – Gefahrenabwehr/Brandschutz –**

Für das geplante Gewerbegebiet ist eine Löschwasserversorgung, mit einer Löschwasserleistung, von mindestens 1600 l/min. für einen Zeitraum von 2 Stunden sicherzustellen.

Wird die Löschwasserversorgung durch das Trinkwassernetz bereitgestellt, so sind vorzugsweise Überflurhydranten in Abständen von etwa 120 m zu verbauen.

**2. FD 7.2. – Bauaufsicht und Denkmalschutz –**

Es bestehen aus bauplanungsrechtlicher als auch aus denkmalschutzrechtlicher Sicht gegen die Bauleitplanung keine Bedenken.

Bekannte Bodendenkmäler werden durch die Maßnahme nicht betroffen.

Wir weisen darauf hin, dass bei Erdarbeiten jederzeit Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen, Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, z. B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt werden können. Diese sind nach § 21 HDSchG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, hessenArchäologie, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden.

Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen (§ 21 Abs. 3 HDSchG).



Grimm Heimat  
NordHessen

### 3. FD 7.3 – Wasser- und Bodenschutz –

#### Abwasserbeseitigung

Konkrete Aussagen, wie die ordnungsgemäße Abwasserbeseitigung sichergestellt wird, sind in der vorliegenden Begründung nicht getroffen worden. Aus dem Begründungstext Ziffer 4.5 geht lediglich hervor, dass eine getrennte Ableitung von Niederschlagswasser sowie ein Regenrückhaltebecken vorgesehen sind.

Wir empfehlen den Nachweis der geordneten Abwasserbeseitigung unter Beachtung Ziffer 2.4 der Arbeitshilfe "Wasserwirtschaft in der Bauleitplanung in Hessen" des Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur Berücksichtigung von wasserwirtschaftlichen Belangen zu führen. Die Arbeitshilfe "Wasserwirtschaft in der Bauleitplanung in Hessen" ist über die Internetseite des Regierungspräsidium Kassel <https://rp-kassel.hessen.de> > Planung & Verkehr > Bauleitplanung als Download (PDF-Datei) abrufbar.

Wir bitten, die Sicherstellung einer geordneten Abwasserbeseitigung im Begründungstext darzustellen.

#### Oberirdische Gewässer / Gewässerrandstreifen

Gemäß Ziffer 5.1.1 der Begründung zum Bebauungsplan verläuft westlich der „Bach vom Seelen-Berg“ und im Südosten ein Entwässerungsgraben.

Der 10 m breite Gewässerrandstreifen des Gewässers „Bach vom Seelen-Berg“ ist im vorliegenden Bebauungsplan nicht dargestellt. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Ausweisung des Gewerbegebietes außerhalb des 10 m Gewässerrandstreifens des Gewässers „Bach vom Seelen-Berg“ liegt.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes bitten wir nachstehendes zu beachten:

- Der Begründungstext ist um die Angabe der wasserwirtschaftlichen Bedeutung der Gewässer zu ergänzen.

Hierzu merken wir an, dass es sich gemäß der Darstellung des hessischen Gewässernetzes im Geoportal Hessen <http://www.geoportal.hessen.de/portal/karten.html?WMC=2272> bei dem „Entwässerungsgraben“ um ein Gewässer von wasserwirtschaftlich untergeordneter Bedeutung im Sinne des § 2 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) handelt, dass gemäß § 1 Abs. 2 hessisches Wassergesetz (HWG) von den Bestimmungen des WHG und HWG ausgenommen ist.

Das Gewässer „Bach vom Seelen-Berg“ hingegen ist ein Gewässer von wasserwirtschaftlicher Bedeutung.

- Der Gewässerrandstreifen des Gewässers „Bach vom Seelen-Berg“ ist innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes darzustellen. Der Gewässerrandstreifen ist im Außenbereich 10 m breit (§ 23 Abs. 1 Satz 1 HWG).
- Bei der Ausweisung als Fläche zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern oder sonstigen Bepflanzungen ist zu beachten, dass innerhalb des Gewässerrandstreifens die Neuanpflanzung von nicht standortgerechten Bäumen und Sträuchern gemäß § 38 Abs. 4 Nr. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes verboten ist. In der Begründung ist auf die Beachtung dieser wasserrechtlichen Vorgabe einzugehen.

#### Hinweis:

Grundsatzvermerk zur „Bauleitplanung in Überschwemmungsgebieten und im Gewässerrandstreifen in Hessen“ vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen abgestimmt mit dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hin. Das Schreiben ist über Internetseite <https://wirtschaft.hessen.de/landesentwicklung/bauen-und->

wohnen/baurecht/bauplanungsrecht sowie auf dem Bauleitplanungsportal unter <https://bauleitplanung.hessen.de/informationen-0> als Download (PDF-Datei) abrufbar.

#### **4. FD 8.1 – Landwirtschaft –**

Durch die geplante Baumaßnahme werden über 16 ha arrondierte Ackerfläche dauerhaft der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen. Dies ist für die Landwirtschaft im Raum Herleshausen sehr negativ zu bewerten und führt zu einer Schwächung der Agrarstruktur, zumal große Teile der Werraue durch FFH-Gebietsschutz mit Tendenz zur Extensivierung ausgewiesen sind. Hinzu kommt die Projektierung des SuedLink durch landwirtschaftliche Flächen in Herleshausen und Wommen.

Umso wichtiger ist es aus Sicht des öffentlichen Belangs Landwirtschaft, die mit dem Bauvorhaben notwendigen Kompensationen nicht auch noch auf landwirtschaftliche Flächen zu lenken. Daher wird gefordert, dafür die Entsiegelung von Flächen bzw. Kompensationsmaßnahmen auf Waldflächen vorzusehen

#### **5. FD 8.3 – Natur- und Landschaftsschutz, Immissionsschutz –**

Aus unserer Sicht ist die vorgelegte Planung grundsätzlich nur zustimmungsfähig, wenn die folgende Unterlagen nachgereicht werden:

- Landschaftspflegerischer Begleitplan inkl. Bestandsplan und Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung
- Artenschutzrechtliche Prüfung nach § 44 BNatSchG gemäß „Leitfaden für die artenschutzrechtliche Prüfung in Hessen“, HMUKLV 2015;
- Bodenschutzfachlicher Fachbeitrag gemäß Leitfaden „Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB; Leitfaden für die Praxis der Bodenschutzbehörden in der Bauleitplanung“, Bund- / Länder-Arbeitsgemeinschaft (LABO), 2009;
- FFH-Vorprüfung nach § 34 BNatSchG

Folgende Dinge sind nicht hinreichend klar definiert:

*Nicht überbaubare Grundstücksfläche § 9 Abs. 1, Nr. 2 BauGB – Was ist hier erlaubt und was nicht?*

Was ist hier vorgesehen? Dies ist nicht zuletzt für die Ermittlung des Biotopwertes erforderlich, zumal nicht von Grünflächen im Sinne § 9 Abs. 1, Nr. 15 BauGB auszugehen ist, sonst wären sie als solche gekennzeichnet worden.

Ausschluss flächiger Schotter-/ Stein-Schüttungen zur Freiflächengestaltung.

Welche Art Bepflanzung ist auf den Flächen zur Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern gemäß § 9 Abs. 1, Nr. 25 BauGB vorgesehen. Dies bleibt sehr unbestimmt und ist nicht ausreichend ersichtlich aus den eingereichten Unterlagen. Es ist immerhin 6,8 % der Gesamtfläche des Baugebietes hierfür vorgesehen, eine Pflanzliste heimischer stand-ortgerechter Arten liegt noch nicht vor und sollte daher nachgereicht werden.

Aus den Planunterlagen wird die geplante Zufahrt nicht eindeutig ersichtlich; diese ist aber durch uns mit zu prüfen und zu bewerten. Die Zuordnung der Biotopwerte bleibt somit unvollständig.

Der Schutz des Bachlaufes und des Feldgehölzes im westlichen Bereich ist nicht nur in den bauordnungsrechtlichen Festlegungen mit einer Erhaltungssatzung zu berücksichtigen, sondern im Rahmen der Kompensation ggf. auch aufzuwerten, falls dies dort möglich ist. Auch im planerischen Teil muss dieser Bereich stärker herausgestellt werden.

Der Entwässerungsgraben im östlichen Bereich sollte im Eigeninteresse für Starkregen ausreichend ertüchtigt werden. Im Zusammenhang mit der großflächigen Versiegelung erscheint das Regenrück-

haltebecken nicht ausreichend dimensioniert zu sein; dieses ist zusätzlich aus naturschutzfachlicher Sicht aufzuwerten (Bepflanzung der Randbereiche).

Unter den Bauordnungsrechtlichen Festsetzungen (Gestaltungssatzungen gemäß § 9, Abs. 4 BauGB i. Verb. m. § 91 HBO, Abs. 1 Nr. 1 fehlen aus unserer Sicht die Rank-pflanzen nebst Rankhilfen zur Eingrünung der relativ großen und langen Hallenwände. Diese Forderung erheben wir im Einklang mit den Vorschriften aus dem BauGB in Verb. mit der Hessischen Bauordnung (HBO).

Wo werden die notwendigen Parkplatzflächen geplant (wir gehen davon aus, dass dies auf den *Nicht überbaubaren Grundstücksflächen* gemäß § 9, Abs. 1, Nr. 2 BauGB geschehen soll.

Hier müssen wir den Grad der Versiegelung erfahren, der hierfür vorgesehen ist. Hier sind die üblichen Möglichkeiten einer Teilversiegelung zur Förderung der Versickerung von Niederschlagswasser zu wählen.

Auch in diesen Bereichen sind noch zusätzliche Eingrünungen mit Bäumen und/ oder Sträuchern als Gestaltungsmaßnahmen möglich und aus unserer Sicht zielführend.

Im Zuge der Energiewende wäre es von großen Vorteil, die Zulässigkeit von Photovoltaik nicht nur vorzusehen, sondern darüber hinaus die Verpflichtung zur Anlage von Photo-voltaik-Modulen auf den Dächern vorzugeben. Damit könnte die Kommune Herleshausen auch ein Zeichen setzen im Kampf gegen den Klimawandel, der bereits als globale Erscheinung zunehmend erhebliche Schäden an Infrastruktureinrichtungen, Gebäuden sowie privatem Hab und Gut hinterlässt. Diese Dinge müssen in Zukunft mehr mitgedacht werden und dürfen nicht mehr allein dem privatem Engagement überlassen werden.

Sind Dachbereiche mit ungünstiger Exposition (Nordausrichtung) nicht mit Photovoltaik vorgesehen, sollten diese als Gründach konzipiert werden.

Letzlich ist zu prüfen, ob für die Einfriedigung gemäß § 91, Abs. 1, Nr. 3 HBO tatsächlich 3 m hohe Zäune erlaubt sein müssen, wie in den textlichen Festsetzungen vorgesehen wird. Vielleicht reichen hier auch 2 m hohe Zäune aus, womit das Landschaftsbild weniger beeinträchtigt wäre.

Hinweise zu Kap. 5.4 Naturschutz, Landschaftsschutz (Seite 10) der Begründung zum B-Plan „Auf den zwanzig Äckern“.

Das FFH-Gebiet Nr. 4926-303 „Werraue von Herleshausen“ liegt ca. 530 m entfernt, hingegen das FFH-Gebiet Nr. 5125-350 „Werra zwischen Philippsthal und Herleshausen“ liegt 350 m entfernt vom dem B-Plan-Gebiet (Eingriffsort).

Das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Werra“ liegt gerade mal 30 m entfernt gleich hinter dem Eisenbahndamm und wurde nicht erwähnt, obwohl die geltende LSG-VO jegliche Bautätigkeit ausschließt und somit baurechtlich zu beachten ist.

Das LSG „Auenverbund Werra“ ist daher im Textteil (Kap 5.4) mit aufzunehmen.

Zum Abschluss ein Vorschlag für zwei verschiedene Ausgleichsmaßnahmen:

1) nur 330 m vom Eingriffsort entfernt direkt an der Werra:

Gemarkung Herleshausen, Flur 7, Flurstück 90/4 sollte komplett in Grünland oder eine Ruderalflur bzw. Sukzessionsfläche umwandelt werden (wird zur Zeit teilweise geackert) obwohl im Kataster eine andere Nutzung hinterlegt ist (sehr nah am Werraufer).

Das angrenzende Flurstück 76/20 – „Lämmerhute“ sollte auf 10 – 15 m werraangrenzend in GL umgewandelt werden. Die europäische WRRL sieht eine solche Entwicklung grundsätzlich an Fließgewässern vor, aber dieser Bereich wurde bei der westlich angrenzenden Werra-Renaturierung (Plangenehmigung liegt vor) übersehen oder bewusst ausgespart. Gerade auf diesem Flurstück wirken aber starke Schleppkräfte bei Werra-Hochwasser und führen relativ häufig zu starker Erosion wertvollen Auenbodens. Daher könnte ein Ausgleich an dieser Stelle sogar multi-funktional wirken. Luftbildausdruck aus Natureg (siehe Anlage).



1:5000

Quelle je nach Darstellungsmodule: Land Hessen, Naturschutzregister nach § 5 Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG). Geobasisdaten: Amtliche Liegenschaftskarte, mit Genehmigung der Hessischen Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation (HVBG), ATKIS(R) Digitales Orthophoto 5 (DOPE), mit Genehmigung des Hessischen Landesvermessungsamtes für Bodenmanagement und Geoinformation (HLBG), Topographische Karte

2) Schaffung von Habitatstrukturen für Feldlerche, Braun- und Schwarzkehlchen, da diese Arten in der Werraaue vorkommen, durch diese Bauleitplanung unmittelbar oder zumindest mittelbar betroffen sind und teilweise die aktuell einzigen Vorkommen im gesamten Kreisgebiet (Braun- und Schwarzkehlchen) sind.

Hiermit können sowohl Blühstreifen oder -flächen auf Ackerland als auch Altgrasstreifen auf Grünland vorzugsweise grabenbegleitend tlw. auch gerne auf rotierenden Flächen als Ausgleichsflächen sinnvoll sein. Diese Maßnahmen sind vorzugsweise alle in dem angrenzenden FFH-Gebiet Nr. 4926-303 „*Werraaue von Herleshausen*“ anzusiedeln, wobei ein Schwerpunkt zwischen der Gemarkungsgrenze zu Wommen und der Lauchröder Straße liegen sollte.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Rainer Wallmann  
(Erster Kreisbeigeordneter)

BUND KV, Mangelgasse 19, 37269 Eschwege

KuBuS planung gmbh & co. kg  
Altenberger Str. 5,  
35576 Wetzlar  
Via Mail: [info@kubus-group.com](mailto:info@kubus-group.com)

21.08.2021

**Gemeinde Herleshausen, Kerngemeinde Bebauungsplan „Auf den zwanzig Äckern“**  
hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der BUND bedankt sich für die Zusendung der Aufforderung zur Stellungnahme zum o. g. Verfahren.  
In Ihrem Schreiben vom 15.07.2021, eingegangen am 17.02.2021 (Mail), hatten Sie uns eine Frist bis zum 27.08.2021 genannt, um zu dem o. g. Vorhaben aus der Sicht der von uns wahrzunehmenden Belange Stellung zu nehmen.  
Innerhalb dieser Frist geht Ihnen diese Stellungnahme zu, die wir im Auftrag und in Vollmacht des Landesverbandes Hessen des BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.) abgeben.

Vor dem Hintergrund der mittlerweile umfangreichen Erkenntnisse über Ursachen, Wirkungszusammenhängen und Folgen des Klimawandels und deren wachsende Bedrohung für die biologische Vielfalt und die davon abhängenden menschlichen Gesellschaften sind alle Planungen und damit verbundene Auswirkungen zu hinterfragen.

**Bedeutung des Bodens**

Boden ist wie Luft, Wasser oder Licht eine natürliche und unentbehrliche Lebensgrundlage für Pflanzen, Tiere und Menschen. Nur auf intakten Böden kann die Landwirtschaft dauerhaft gesunde Nahrungsmittel produzieren. Sauberes Grundwasser kann nur garantiert werden, wenn wir unsere Böden unversehrt halten. Der Boden ist kaum erneuerbar und steht damit als Ressource nur begrenzt zur Verfügung.

**Bodenschutz ist Klimaschutz**

Böden sind wichtige Kohlenstoffspeicher und haben maßgeblichen Anteil am Klimageschehen.

**Gefährdungen vermeiden**

Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen bedingen Veränderungen des Bodengefüges können zu Bodenerosion und Schadstoffeinträgen führen und gefährden somit Böden für nachhaltige Nutzungen. Bodenversiegelungen führen in der Regel zu einem Totalverlust der Bodenfunktionen – sie benötigen daher besonderen Schutz.

## **Gemeinde Herleshausen, Kerngemeinde Bebauungsplan „Auf den zwanzig Äckern“**

hier: Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

### Auswirkungen auf die Artenvielfalt

Durch die Krefelder Studie wurde das Insektensterben erstmals einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Fazit: Das Arteninventar der Fluginsekten ist um ca. 75% gesunken. Mit den Insekten verschwinden nicht nur Vögel, Fledermäuse und andere Tiere. Was den Insekten schadet, schadet letztlich auch uns Menschen. Wie beim Klimathema bleibt uns keine Zeit fürs Nichtstun. Einer der Hauptgründe für das weltweite Artensterben ist der Verlust von Lebensraum, der keineswegs nur weit weg im Regenwald stattfindet, sondern genauso direkt vor unserer Haustür so z. B. in der **Gemeinde Herleshausen, „Auf den zwanzig Äckern“**.

So erwähnen Sie in Ihren Planungsunterlagen:

*Innerhalb der Eingriffsfläche brüten erwartungsgemäß im südlichen Bereich relativ viele Feldlerchen. Beeinträchtigungen der Art können durch geeignete Maßnahmen vermieden werden.*

Welche Maßnahmen können diesen „Lebensraumverlust“ für Landwirt und Feldlerche vermeiden? Vorsorgender Bodenschutz bedeutet Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Der Bauernverband formuliert das Ziel eines Netto-Null-Flächenverbrauchs. Wenn Neubau unabdingbar erscheint, bedeutet das konsequenterweise vorab Rückbau bzw. Abriss an anderer Stelle.

Wir fordern Sie deshalb auf für dieses Vorhaben eine Vorbildfunktion zu entwickeln und lehnen deshalb den vorgelegten Bebauungsplan „Auf den zwanzig Äckern“ ab.

Freundliche Grüße



i. V. gez. Thomas Reimann  
BUND Kreisvorstand Werra-Meißner

22.8.2021

Mitglied im Naturschutzbund des WMK

" " Arbeitskreis des  
Hess. Gesellschaft f. Ornithologie u. N-Schutz  
(HGON)

KuBUS planung

Altenberger Str. 5

35576 Wetzlar

Zweckverband InterKom. Zusammenarbeit . . . .

Bauleitplanung des Gemeinde Heisterhausen

B-Pl. "Auf den zwanzig Äckern", Vorentwurf

Stellungnahme des HGON

Sehr geehrte Damen u. Herren!

Vorbemerkungen

- Der B-Pl. umfasst eine landwirtschaftl. Nutzfl. v. ca. 16 ha, das ist ein innerer Verbrauch v. wertvollem Ackerland! Das bedauern wir sehr!
- Andererseits bietet diese Fläche in Bezug auf die angestrebte Nutzung erhebliche Vorteile, insbes. die kurze Anbindung ans Autobahn-Netz. Das begünstigen wir!
- Der vorliegende Text enthält noch keine konkreten Angaben zu angestrebten Kompensations-Maßnahmen, um damit die Eingriffsfolgen f. Natur u. Landschaft auszugleichen. Daraus folgt, dass in dieser Stellungnahme z.Zt. nur allgem. Forderungen aufgeführt werden können, ohne Bezüge zu konkreten Einzelmaßnahmen.

1. Forderungen / Vorschläge zur weiteren Detaillierung der Planung

- Im Planungsbereich werden, nach Abschluss der Bebauung,

- erhebliche Bereiche unversiegelt bleiben. Wie werden diese Flächen f.d. Naturhaushalt nutzbar bleiben, so z.B. - als extensives Grünland mit gr. Potenzial z. Versickerung v. Regenwasser,
- als Blühwiese f.d. Insekten-Vielfalt,
  - als Nahrungshabitat f. Vögel u. Kleinsäuger?
- Die Erschließung des Geländes sollte möglichst wenig Raum einnehmen
- Die geplante Einzäunung sollte in Bodennähe f. Igel u. andere Kleinsäuger durchlässig sein.
- Beim Einsatz v. Leuchtmitteln, auch bei der Überlebens-Beleuchtung, sind nur insektenchonende Ausführungen zu verwenden.

## 2. Forderungen / Vorschläge z. Ausgleich f.d. Natur

Hier sind nur folgende Schwerpunkte wichtig:

- a) Die beiden begrenzenden Parzellen f. Bach (W) u. Graben (SO) sind erheblich zu erweitern u. so zu renaturieren,
- dass sie bei großem u. außergewöhnlichem Starkregen möglichst viel Wasser aufnehmen u. nur langsam abführen können,
  - dass sie auch in der Lage sein werden, jenes Niederschlags-Wasser aufzunehmen, das v.d. Kanalisation des Logistikgebietes nicht bewältigt werden kann.
- Das geplante Regenrückhaltebecken ist so zu errichten,
- dass es o.a. Starkregen aufnehmen kann
  - dass es auch f. Amphibien, Libellen u.a. als Habitat geeignet ist.

- b) In Zukunft werden ca. 17ha Offenland f. d. Vogelwelt nicht mehr im bisherigen Umfang als Rast-, Nahrungs- u. Brutgebiet z. Vfg. stehen, insbesondere nicht mehr f. d. z. Zt. guten Bestand an Feldlerchen.  
Hier sind geeignete Ersatz-Räume zu schaffen!  
Wir fordern eine großflächige Extensivierung v. Grünland zu blütenreichen Wiesen mit späten Mähterminen.

In diesem Zusammenhang sind alljährlich Altgras-Bereiche stehen zu lassen, als Sitzwarten u. z. Deckung der hier vorkommenden Schwarz- u. Braunkehlchen, aber auch f. d. Lerchen.

- c) Die geplante Eingrünung mit Bäumen entlang des Zaunes sollte in ihrer Struktur reiches werden durch  
- die Pflanzung beerentragender Sträucher in den Zwischenräumen  
- oder besser als vorgelagerte Parallel-Reihe.  
So lassen sich weitere Nahrungs- u. Brut-Räume f. Singvögel schaffen.

- d) Außerdem ist die Anbringung v. Nisthilfen vorzusehen  
- an den Gebäuden f. Mauersegler, Schwalben,  
- an den Bäumen f. Höhlenbrüter.

Diese Maßnahmen sind mit dem Beauftragten f. Vogelschutz fachgerecht zu realisieren.

- e) Die Begrünung v. Fassaden ist als Anregung in die Festsetzungen aufzunehmen.

- f) Ca. 10ha der Fläche werden überbaut u. damit d. Naturschutz entzogen.  
Wir fordern, entsprechend gr. Flächen an anderen Orten zu entriegeln, in Absprache mit der UNB.

B. Biedermann



Regierungspräsidium Kassel · Postfach 1861 36228 Bad Hersfeld

KuBuS  
planung gmbh & co. kg  
Altenberger Straße 5  
35576 Wetzlar

Geschäftszeichen RPKS - 31.2-200 d 636/17-2021/1  
Dokument-Nr. 2021/860876  
Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht 16.07.2021

**Grundwasserschutz, Wasserversorgung**

Bearbeiter/in Herr Truß  
Durchwahl (0561) 106-2824  
E-Mail otmar.truss@rpks.hessen.de

**Altlasten, Bodenschutz**

Bearbeiter/in Frau Weppler / Herr Nickel  
Durchwahl (0561) 106-2814 / -2812  
E-Mail melanie.weppler@rpks.hessen.de  
gerd.nickel@rpks.hessen.de

Fax 0611 327640727  
Internet www.rp-kassel.hessen.de

Besuchsanschrift Hubertusweg 19, Bad Hersfeld

Datum 23.08.2021

per Mail an:  
info@kubus-group.com

**Bauleitplanung der Gemeinde Herleshausen,  
Bebauungsplan „Auf den zwanzig Äckern“**

- Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB<sup>1</sup>

Sehr geehrte Damen und Herren,

das o. g. Vorhaben wird aus Sicht des Dezernates 31.2 - Grundwasserschutz, Wasserversorgung, Altlasten, Bodenschutz wie folgt beurteilt:

**Grundwasserschutz, Wasserversorgung**

Mit der geplanten Ausweisung des o. a. Gewerbegebietes im Sinne des § 8 Baunutzungsverordnung ist vordergründig vorgesehen, die Ansiedlung eines Industrie- und Logistikzentrums zu ermöglichen. Gleichwohl werden in den als Gewerbegebiet zur Festsetzung geplanten Teilflächen des Bebauungsplanes folgende Nutzungen als zulässig deklariert:

<sup>1</sup> Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802)

Wir sind telefonisch mo. - do. von 08:00 - 16:30 Uhr und fr. von 08:00 - 15:00 Uhr ständig erreichbar. Besuche bitte möglichst mo. - do. in der Zeit von 09:00 - 12:00 Uhr und von 13:30 - 15:30 Uhr, fr. von 09:00 - 12:00 Uhr, oder nach tel. Vereinbarung.

Postanschrift: Hubertusweg 19 36251 Bad Hersfeld Vermittlung 0561 106-0.

Das Dienstgebäude Hubertusweg 19 ist vom Bahnhof zu Fuß in ca. 10 Minuten zu erreichen.



- Gewerbebetriebe aller Art, Lagerhäuser, Lagerplätze und öffentliche Betriebe,
- Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude
- Tankstellen
- Anlagen für sportliche Zwecke

Unabhängig von der Lage des Geltungsbereiches außerhalb von amtlich festgesetzten und geplanten Wasser- und Heilquellenschutzgebieten weise ich auf die gesetzliche Regelung des § 5 Wasserhaushaltsgesetz hin, wonach bei Maßnahmen, mit denen Einwirkungen auf ein Gewässer verbunden sein können, die nach den Umständen erforderliche Sorgfalt anzuwenden ist, um eine nachteilige Veränderung der Gewässereigenschaften zu vermeiden.

Angesichts einer geplanten Ableitung des von den vorgesehenen befestigten Gewerbeflächen anfallenden Oberflächenwassers ist grundsätzlich nicht auszuschließen, dass auf den befahrbaren Logistikflächen anfallendes, nicht vorbehandeltes Niederschlagswasser zur nachteiligen Auswirkung auf das Grundwasser führen kann (u. a. bedingt durch mögliche Leckagen auf Zubringer-, Rangier- und Stellflächen infolge umfangreicher Lkw-Frequentierungen). Vor Festsetzung des Bebauungsplans sind daher textliche Ergänzungen und Aktualisierungen erforderlich (hier: Erläuterung der an die Oberflächenwasserableitung zu stellenden Betreiberpflichten, ggf. Begrenzung der Verweilzeiten geparkter Kraftfahrzeuge, Hinweis auf technische Anforderungen zum Bau und Betrieb von Versickerungsanlagen, hier: DWA-Merkblatt A 138), die erforderlich sind, um im Zusammenhang mit der gewerblichen Nutzung mögliche nachteilige Auswirkungen auf den Boden und das Grundwasser weitgehend auszuschließen.

Ob aufgrund der bisher nicht in der Planzeichnung erkennbaren Stellplatzplanung die Vorgabe einer wasserdurchlässigen Befestigung für Pkw-Stellplätze auf den Baugrundstücken belassen werden sollte, bedarf gleichfalls eines Vergleiches mit den Zielsetzungen des o. a. DWA-Merkblattes. Vor der Beibehaltung der o. a. Vorgaben wird empfohlen, die für die Einhaltung der a. a. R. d. T. maßgebenden Vorermittlungen (u. a. Nachweis der im Arbeitsblatt dargelegten Bandbreite hinsichtlich der Bodendurchlässigkeit des Untergrundes) von einem fachlich geeigneten Planungsbüro prüfen zu lassen und das Ergebnis hierzu den zu aktualisierenden Bebauungsplanunterlagen beizufügen.

Eine mögliche Verlagerung der v. g. Thematik auf eine nachgeordnete Planungs- und Genehmigungsstufe (z. B. Baugenehmigungsverfahren) wird im Hinblick auf die Belange des vorsorgenden Grundwasserschutzes kritisch erachtet, da die mit den o. a. Fragestellungen verbundenen Planungsziele auch bereits weitere Schutzgüter betreffen könnten und daher vor der Beschlussfassung des Bebauungsplans im Textumfang (Planzeichen, Begründung) Berücksichtigung finden müssen.

Ich empfehle, sowohl die Wasserbehörde beim Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises als auch meine Dienststelle, Dez. 31.2, über die o. a. Ergebnisse und über die dann vorgesehenen Textaktualisierungen bereits vorab in Kenntnis zu setzen.

Im Anschluss daran bin ich bemüht, den v. g. Antrag aus fachbezogener Sicht mit Blick auf das Schutzgut „Grundwasser“ abschließend befürwortend zu beurteilen.

## **Altlasten, Bodenschutz**

### Nachsorgender Bodenschutz

Nach aktueller Recherche im zentral geführten Fachinformationssystem „Altflächen und Grundwasserschadensfälle“ (FIS AG) des Landes Hessen sind mir für den Planungsraum weder Altablagerungen oder Altstandorte im Sinne von § 2 BBodSchG<sup>2</sup> noch Grundwasserschadensfälle (Gewässerverunreinigungen im Sinne von § 57 des HWG<sup>3</sup>) bekannt. Bezüglich des nachsorgenden Bodenschutzes ergeben sich somit keine Vorgaben oder Einschränkungen.

Jedoch sollte in den textlichen Festsetzungen ein Hinweis auf die Mitwirkungspflichten nach § 4 Abs. 2 HAltBodSchG<sup>4</sup> aufgenommen werden. Hierfür wird folgende Formulierung vorgeschlagen:

*Ergeben sich bei Baugrunduntersuchungen, Baumaßnahmen oder sonstigen Eingriffen Hinweise auf schadstoffbedingte schädliche Bodenveränderungen sind die Mitwirkungspflichten nach § 4 (2) HAltBodSchG zu beachten.*

### Vorsorgender Bodenschutz

Wenngleich das Vorhaben über den Regionalplan Nordhessen 2009 (dort: Regionales Logistikzentrum Planung) dem Grunde nach bereits planungsrechtlich vorbereitet ist, werden die mit der Umsetzung der Planung verbundenen Auswirkungen aus Sicht des Bodenschutzes aus nachstehenden Gründen insgesamt kritisch bewertet:

- Die Ausweisung weiterer Gewerbeflächen in einer Größenordnung von rd. 17 ha ist vor dem Hintergrund der aktuellen Auslastung angrenzender bereits seit 10/1991 (Herleshausen Ost – 3 ha) bzw. 03/1999 (Herleshausen Ost II - 9 ha) rechtskräftig ausgewiesener Gewerbegebiete nicht ohne weiteres nachvollziehbar.

---

<sup>2</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Art. 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)

<sup>3</sup> Hessisches Wassergesetz (HWG) in der Fassung vom 14. Dezember 2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Art. 11 des Gesetzes vom 4. September 2020 (GVBl. S. 573)

<sup>4</sup> Hessisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes und zur Altlastensanierung (Hessisches Altlasten- und Bodenschutzgesetz – HAltBodSchG) vom 28. September 2007 (GVBl. I S. 652), zuletzt geändert durch Art. 23 des Gesetzes vom 27. September 2012 (GVBl. I S. 290)

- Der aus einer Grundflächenzahl (GRZ) von 0,8 resultierende und zu erwartende hohe Versiegelungsgrad der überplanten Fläche führt zu einem Totalverlust der Bodenfunktionen an dieser Stelle.
- Die Geländetopographie des Plangebiets mit einer mittleren Hangneigung von ca. 5 % in Nordwest-Südost-Richtung (Höhendifferenz rd. 20 m auf 400 m) macht umfangreiche Bodenumlagerungen / Geländemodellierungen erforderlich.

Dies vorausgeschickt werden zur angemessenen Berücksichtigung des Schutzguts Boden und Fläche für die weitere Planung (hier: Fachbeitrag Bodenschutz) folgende Hinweise gegeben:

- Neben dem unter 5.5 des Vorentwurfs (Stand: 02/2021) zitierten LABO-Leitfaden "Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB" (LABO 2009) ist ergänzend die vom Hessischen Umweltministerium herausgegebene *"Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von Bodenschutz-belangen in der Abwägung und der Umweltprüfung nach BauGB in Hessen"*<sup>5</sup> zu beachten.
- Die i.S. der vorbezeichneten Arbeitshilfen erforderlichen Bodenflächendaten (BFD5L) können über den vom Hessischen Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) bereitgestellten BodenViewer<sup>6</sup> Hessen abgerufen werden.
- Im Rahmen der Ausgleichsbetrachtung nach §1a (3) BauGB ist die bodenfunktionale Kompensation auf Grundlage der vom HLNUG herausgegeben und durch das Hessische Umweltministerium mit dortigem Erlass vom 22. Mai 2018 (Az.: III8 - 089b 06.03) allen hessischen Kommunen zur Anwendung empfohlenen *"Arbeitshilfe zur Ermittlung des Kompensationsbedarfs für das Schutzgut Boden in Hessen und Rheinland-Pfalz"*<sup>7</sup> zu berücksichtigen.
- Vor dem Hintergrund der im Zuge der Erschließung zu erwartenden umfangreichen Bodeneingriffe wird empfohlen, über den B-Plan eine bodenkundliche Baubegleitung i.S. der DIN 19639<sup>8</sup> auf Grundlage eines durch diese im Vorfeld zu erstellenden Bodenschutz- und Bodenmanagementkonzeptes vorzugeben.

---

<sup>5</sup> HMUELV (2011) – Bodenschutz in der Bauleitplanung  
Arbeitshilfe zur Berücksichtigung von Bodenschutzbelangen in der Abwägung und der Umweltprüfung nach BauGB in Hessen

<https://umwelt.hessen.de/umwelt-natur/boden/vorsorgender-bodenschutz/bodenschutz-der-bauleitplanung>

<sup>6</sup> HLNUG (2017) – BodenViewer Hessen

<https://bodenviewer.hessen.de/mapapps/resources/apps/bodenviewer/index.html?lang=de>

<sup>7</sup> HLNUG (2018) - Böden und Bodenschutz in Hessen, Heft 14

Kompensation des Schutzguts Boden in der Bauleitplanung nach BauGB – Arbeitshilfe zur Ermittlung des Kompensationsbedarfs für das Schutzgut Boden in Hessen und Rheinland-Pfalz

<https://umwelt.hessen.de/umwelt-natur/boden/vorsorgender-bodenschutz/bodenschutz-der-bauleitplanung>

<sup>8</sup> DIN 19639:2019-09 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben

- Grundlegende rechtliche Hinweise zum vorsorgenden Bodenschutz sowie zu bauzeitlichen Schutz- und Vermeidungsmaßnahmen können ergänzend auch dem vom HMUKLV herausgegebenen Infoblatt "*Bodenschutz für Bauausführende*"<sup>9</sup> entnommen werden.
- Für den Fall geplanter/erforderlicher Geländeauffüllungen mit externem Material sollten über den B-Plan entsprechende Qualitätsanforderungen (z.B. in Anlehnung an LAGA-Einbauklassen) festgeschrieben und auf NHN bezogene Höhenvorgaben gemacht werden. Letzteres empfiehlt sich auch in Bezug auf die Gebäudehöhen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez. Truß

Dieses Dokument habe ich in der Hessischen eDokumentenverwaltung (HeDok) elektronisch schlussgezeichnet. Es ist deshalb auch ohne meine handschriftliche Unterschrift gültig.

---

<sup>9</sup> HMUKLV (2018) – Boden – mehr als Baugrund  
Bodenschutz für Bauausführende – Infoblatt für Architekten, Bauträger, Bauunternehmen, Landschafts- und Gartenbau  
<https://umwelt.hessen.de/umwelt-natur/boden/vorsorgender-bodenschutz/bodenschutz-beim-bauen>